

CHINA

Weil er das Kreuz an der Kirche schützen wollte: Chinesischer Pastor in Haft

Zum „Gefangenen des Monats Januar 2021“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur idea den evangelischen Pastor Li Juncai aus China benannt. Sie rufen dazu auf, sich für den Inhaftierten einzusetzen. Der Pastor der Zhongxin-Hauskirche in der Provinz Henan wurde am 20. Februar 2019 zusammen mit drei weiteren Gemeindemitgliedern von der Polizei festgenommen, nachdem sich die vier Gläubigen gegen die Entfernung des Kreuzes an der Kirche sowie eines Schildes darin gewehrt hatten. „Störung des öffentlichen Dienstes“ – so lautete der Vorwurf gegen sie. Die drei Gemeindemitglieder wurden inzwischen freigelassen, während der Pastor im Gefängnis blieb.

Kurz nach der Festnahme sandte die Regierung rund 200 Beamte, die das Schloss an einer Seitentür aufbrachen, protestieren-

Appellbrief

Staatspräsident Xi Jinping
via Botschaft der VR China
Märkisches Ufer 54
10179 Berlin
Fax 030-27588221

Exzellenz,

Pastor Li Juncai von der Zhongxin-Kirche bei Xinxiang (Provinz Henan) wurde am 20. Februar 2019 zusammen mit drei weiteren Gemeindemitgliedern von der Polizei festgenommen, nachdem sich die vier gegen die Entfernung des Kreuzes an der Kirche gewehrt hatten. „Störung des öffentlichen Dienstes“ – so lautete der Vorwurf gegen sie. Die drei Gemeindemitglieder wurden inzwischen freigelassen, während der Pastor weiterhin inhaftiert ist.

Kurz nach der Festnahme sandte die Regierung rund 200 Beamte, die das Schloss an einer Seitentür aufbrachen, protestierende Gemeindemitglieder zur Seite drängten und das Kreuz mit einem Baukran durch einen Fahnenmast ersetzen ließen, um die Staatsflagge dort wehen zu lassen. Ob die örtlichen Behörden zuvor jemals versucht haben, den Mast dort anzubringen und zugleich die Erkennbarkeit als Kirche zu schützen, ist nicht bekannt. Nichts anderes als diese Identität hat Pastor Li Juncai zu bewahren versucht.

Erlauben Sie mir, an Artikel 36 der Verfassung der Volksrepublik China zu erinnern. Darin heißt es: „Die Bürger der Volksrepublik China genießen die Freiheit des religiösen Glaubens.“ In diesem Sinne bitte ich Sie, sich für die Einhaltung der Religionsfreiheit und vor allem für die Freilassung des Pastors einzusetzen.

Hochachtungsvoll

Musterbriefe in deutscher und englischer Fassung können Sie herunterladen:
<https://www.religionsfreiheit-igfm.info>



FOTO: CHINA AID

de Gemeindemitglieder zur Seite drängten und das Kreuz mit einem Baukran durch einen Fahnenmast ersetzen ließen, um die Staatsflagge dort wehen zu lassen. Im Dezember wurde der Kirchenbau im Kreis Yuanyang bei der Stadt Xinxiang schließlich abgerissen. Bis zum Jahr 2013 zählte die Gemeinde zur staatlich kontrollierten Drei-Selbst-Bewegung, kündigte dann aber die Mitgliedschaft. Die Provinz Henan ist bekannt für ihre Kampagne zur Entfernung von Kirchenkreuzen, Beschlagnahmung von Kirchengebäuden und Schließung von Hauskirchen, als Vorreiter einer chinaweit zunehmend restriktiveren Religionspolitik.

IGFM und idea erbitten den Einsatz für seine sofortige Freilassung.

IRAN

Immer mehr Menschen wechseln die Religion trotz größter Gefahr

Schätzungen zufolge leben im Iran bis zu viermal so viel Christen wie offiziell angegeben, fast eine Million davon im Untergrund. Zunehmend mehr Menschen wenden sich erschrocken vom Glauben der herrschenden Mullahs ab. Der Staat reagiert mit brachialer Gewalt: Masseninhaftierungen, grausame Strafen und das zumindest fahrlässige Aussetzen der Gefahr einer COVID-19-Infektion.

Erkenntnisse niederländischer Forscher zufolge leben im Iran etwa bis zu viermal so viel Christen wie offiziell angegeben: Bei der Untersuchung der Forschungsgruppe GAMAAN bekannten sich 1,5 Prozent der Befragten zum Christentum. Das wären hochgerechnet rund 1,245 Millionen Iraner. Fast eine Million Christen sollen im Untergrund ihren Glauben leben. Viele Bürger des sogenannten „Gottesstaates“

sind von der ideologischen Auslegung des schiitischen Islam durch die herrschenden Mullahs abgeschreckt. Viele Menschen im Iran haben in der Folge ihren islamischen Glauben verloren und wünschen sich insgeheim eine strikte Trennung von Religion und Staat.

Diejenigen unter ihnen, die nicht ohne persönliche Frömmigkeit leben möchten, wenden sich dem Christentum zu – trotz großer Gefahren. Die iranische Führung ist sich des zunehmenden Akzeptanzverlustes bewusst und versucht daher, mittels bra-

chialer Gewalt vom Glaubenswechsel abzuschrecken. Menschenrechtsorganisationen wie die IGFM beobachten diese brutale Verfolgung, dokumentieren sie und prangern die andauernden Menschenrechtsverletzungen durch das iranische Regime an.

Im zurückliegenden Jahr 2020 spitzte sich die Situation durch die Pandemie COVID-19, die sich im Iran besonders stark ausbreitete, noch einmal besonders zu. Mit einem fast 50-tägigen Hungerstreik gegen die katastrophalen Bedingungen in iranischen Gefängnissen protestierte Sacharow-Preisträgerin Nasrin Sotoudeh. Die IGFM berichtete über die mangelnden Präventionsmaßnahmen und die schlechte medizinische Versorgung. Es fehlt in den Anstalten an Masken, Desinfektion, konsequenter Quarantäne, ganz abgesehen von der Möglichkeit, Abstand zu halten, da sie in der Regel überfüllt sind: Ohne die Freilassung nicht-rechtmäßig inhaftierter Häftlinge sind die Empfehlungen der WHO zu Präventivmaßnahmen in den Gefängnissen kaum einzuhalten.

Die IGFM setzte sich weiterhin für Sotoudeh als politische Gefangene ein wie auch für die wegen ihres Glaubens Verfolgten, darunter vier Gemeindeleiter aus dem nordiranischen Rascht: Im Juni 2017 wurden Youcef Nadarkhani, Saheb Fadaie, Yasser Mossayebzadeh und Mohammedreza Omidi zu zehn Jahren Haft verurteilt und im Juli 2018 eingesperrt. „Gefährdung der nationalen Sicherheit“, „Verbreitung eines zionistischen Christentums“ – so lauteten unter anderem die Vorwürfe. Im Mai 2020 wurden die Haftstrafen reduziert: Für die ersten drei der Genannten bedeutet dies nunmehr sechs Jahre hinter Gittern und für Omidi zwei Jahre. Inzwischen wurde Letzterer freigelassen. Weil er wie Pastor Nadarkhani auch noch zur Verbannung verurteilt wurde, befindet er sich derzeit in der südwestlichen Stadt Borazjan im Zwangsexil.



FOTO: IGFM

IGFM-Referent Valerio Krüger erinnerte bei der Kundgebung am Tag der Menschenrechte, den 10. Dezember 2020, vor dem Römer (Rathaus) in Frankfurt daran, dass neben Neuchristen auch die Bahai im Iran verfolgt werden: „Während Großteil der Menschen hierzulande sich auf Weihnachten vorbereitet, werden andere Menschen aufgrund ihres Glaubens schikaniert, gefangen gehalten oder gefoltert.“



Einsatz für vier verfolgte Pastoren im Iran bei der Lichterkette in Hamburg

FOTO: IGFM/HAMBURG/BMS

Das Regime akzeptiert seinen Übertritt vom Islam zum Christentum nicht. Wegen unerlaubten Alkoholkonsums wurde Omidi zu 80 Peitschenhieben verurteilt, weil er beim Abendmahl Wein getrunken hatte. Diese grausame Strafe wurde im vergangenen Oktober vollzogen. Saheb Fadaie erging es ebenso am 15. November 2020.

ÄGYPTEN

„Die Tasche hilft uns zu überleben“

In der Juli-Ausgabe von „Religionsfreiheit im Fokus“ haben wir aus Kairo über die „Kooperative zur Entwicklung der Umwelt“ in dem mehrheitlich christlich bewohnten Viertel Moytamadeia berichtet. Die überwiegende Mehrheit der Menschen lebt dort davon, Abfälle einzusammeln und zu sortieren. Ein Drittel des gesamten Mülls, der in der ägyptischen Hauptstadt anfällt, wird auf diese Weise wiederverwertet. Trotzdem erfahren die Einwohner dieses Viertels keine Wertschätzung durch ihre Mitbürger.

Weil aufgrund der COVID-19-Pandemie fast kaum noch Touristen ins Land kommen, fällt in den Hotels nur noch wenig bis gar kein Abfall an. Die Zabbalin (Müllmenschen), wie sie in Ägypten genannt werden, gewinnen somit weit weniger Rohstoffe aus dem Recycling als sonst. Zudem sind viele Nebenjobs weggefallen. „In diesem Viertel hat die Corona-Krise die Menschen aus einer Reihe von Gründen schwer mitgenommen“, verriet uns ein Ortskundiger bei unserem Besuch im vergangenen Herbst. „Deren Einkommensquelle versiegte oder der Zufluss reduzierte sich deutlich. Wenn sie krank werden, können sie jetzt erst recht

Nun droht auch Mossayebzadeh die Auspeitschung aufgrund eines Gerichtsurteils. Im August des zurückliegenden Jahres wurde er positiv auf COVID-19 getestet. Die anderen verfolgten Christen zeigten im Sommer krankheitstypische Symptome, mit Ausnahme von Omidi.

Bei der alljährlichen Lichterkette der IGFM-Arbeitsgruppe Hamburg berichtete der evangelische Pastor John Siegmund über das Schicksal der vier Verurteilten. Er möchte für „unschuldig verfolgte“ Amtsbrüder eintreten. „Keiner von ihnen hat etwas Verkehrtes getan. Sie sind nur ihren Aufgaben nachgekommen“, betonte Pastor Siegmund. Nun sei „persönliche Solidarität“ besonders von Bischöfen und Pastoren gefordert. Die Christenheit könne ihre Verfolgung, Inhaftierung und Misshandlung nicht hinnehmen. Unterstützung erhielt Siegmund schon einmal aus dem Bundestag: „Pastor Nadarkhani wurde im Iran erneut gefangen genommen, weil er die Heilsbotschaft verkündet hat“, hieß es im Grußwort von Professor Heribert Hirte, Vorsitzender des Stephanus-Kreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. „Meine Unterstützung gilt ihm, dass er freigelassen werden möge.“

keine ärztliche Behandlung oder Medizin bezahlen.“

Die Witwe Bekhita A. ist 78 Jahre alt und sitzt meist zu Hause, weil sie kaum noch sehen kann. Schon vor der Krise war sie auf Nachbarschaftshilfe angewiesen: Ihre drei Töchter beziehen zu wenig Einkünfte, um die Mutter miternähren zu können. Ein Schwiegersohn ist sogar arbeitslos und es gibt in Ägypten kein soziales Netz, das ihn auffangen könnte. „Die Lebensmitteltaschen helfen mir sehr viel“, sagte A. Vor einer Infektion mit COVID-19 fürchtet sie sich nicht. „Ich bin alt genug, mir reicht das Leben. Genug ist genug.“

Die 64-jährige Fahima S. ist auch Witwe. Vor zwölf Jahren verdiente sie noch in der Nähwerkstatt ihren Lebensunterhalt. Schließlich kamen gesundheitliche Probleme auf; Herz und Lunge sind betroffen. Saad leidet zudem an Hepatitis C. Dank der Solidarität ihrer koptischen Glaubensgeschwister in der Gemeinde konnte sie überleben; Medikamente bezahlte ihr „Kooperative zur Entwicklung der Umwelt“. „Die Lebensmitteltasche ist eine wesentliche Erleichterung. Ich kann alles sehr gut gebrauchen“, berichtete sie.